

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Hirsch-Dunder).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:  
Geschäftsamt, 75 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Reaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 64.

Berlin, Sonnabend, 29. Dezember 1906.

achtunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Gewerkevereine und die Wahlen. — Die Gefängnisarbeit in Preußen. — Allgemeine Nachrichten. — Gewerkevereine-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.  
Beilage: Zum nächsten Verbandstage. — Der nächste Verbandstag. — Zum Verbandstage. — Die Aufgaben des nächsten Verbandstages. — Gewerkevereine-Zeil.

## Die Gewerkevereine und die Wahlen.

Das „Hirsch-Dunder“, ein Blatt, das sich selbständig gar nicht halten kann und daher als Ableger der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ wie ein Weibchen im Verborgenen blühen muß, nimmt unsere Stellungnahme zu den Reichstagswahlen zum Anlaß, die Gewerkevereine anzugreifen. Die evangelischen Arbeitervereine könnten nicht zum Beitritt zu einer Gewerkschaft auffordern, deren oberste Leitung zwar jedem Gewerkevereiner Freiheit und Unabhängigkeit ankündigt, dann aber zur Stimmenabgabe nur Freisinn und Sozialdemokratie empfiehlt.

Das Blatt hat einen sehr wichtigen Satz in unserem Artikel unterschlagen. Wir haben nicht nur erklärt, daß jeder Gewerkevereiner frei und unabhängig in der Wahl sei, wir fügten auch noch hinzu, daß keine Stelle in der Organisation das Recht habe, hierin bindende Vorschriften zu machen. Hierin also in unserem Artikel haben wir die Gewerkevereine als solche für eine politische Parteiloyalität in Anspruch genommen. Wir sprachen vielmehr immer nur von der einzelnen Person, von dem Gewerkevereiner und nicht von den Gewerkevereinen.

Gegen die Sozialdemokratie hätten wir nur „einige schwächliche Zeilen“ geschrieben. Und das zeigt deutlich, daß die Hirsch-Dunderischen Gewerkevereine sich von der politischen Sozialdemokratie nicht abgrenzen. Das Blatt unterschlägt aber wieder den Satz, daß unsere Sympathie nicht den Parteien zufallen könne, an die sich die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften angeschlossen oder doch wenigstens angelehnt hätten.

Das „Reich“ glaubt indes selbst hervorzuheben zu müssen, daß der „entscheidende Satz“ in unserem Artikel der sei, daß „keiner einen Lebensmittelveiterer wähle“. Deutscher Arbeiter, werst du was? Man bedrängt die Gewerkevereine, um die im Hirsch-Dunderischen antisemitischen Fahrwasser fahrenden Arbeiter über die Ungehörlichkeit der künstlichen Lebensmittelveiterung hinwegzutauschen. Das Blatt glaubt uns niederschmettern zu können, indem es hervorhebt:

Entscheidend ist der Satz: „Keiner wähle einen Lebensmittelveiterer“. Damit ist gesagt: Kein Mitglied eines Hirsch-Dunderischen Gewerkevereins soll einen Nationalliberalen oder Konservativen, einen Christlich-Sozialen oder Deutsch-Sozialen wählen. Denn alle diese Parteien stehen auf dem Standpunkt einer nationalen Wirtschaftspolitik, haben sich für die Schuppelle auf dem Rücken für die Sicherung der Grenzen gegen Einschleppung von Viehfrüchten ausgesprochen und gelten demnach den Kaufmannsmännern als „Lebensmittelveiterer“.

Die hier gerühmte „nationale“ Wirtschaftspolitik ist längst zu einer ersten Gefahr für die deutsche Nation, deren Wohl allen Gewerkevereinern am Herzen liegt, geworden.

Und nur die dümmsten Kälber, wählen ihre Rehger selber! Jeder Arbeiter, gleichviel was er für eine politische oder religiöse Ansicht vertritt, ist ein Gegner der künstlichen Lebensmittelveiterung. „Das Reich“ müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn es das nicht sehen könnte. Wo

gibt es in Deutschland einen Arbeiter, der noch dankt schon sagt, wenn ihm durch die Gesetzgebung die notwendigen Lebensmittel bis zur Unerforschlichkeit verteuert werden?!

Es ist eine Folge dieser unglücklichen „nationalen“ Wirtschaftspolitik, daß sich das platte Land entvölkert und die Arbeiter in Massen in die Industriezentren und großen Städte abwandern! Es ist eine Folge dieser unglücklichen Politik, daß Massen ausländischer Arbeiter nach Deutschland importiert werden, während man die Zufuhr von Lebensmitteln künstlich aufhält.

Wo gibt es einen verständigen Arbeiter, der das billigen könnte? Die christlich-soziale-antisemitische Presse mag sich noch so anstrengen, davon wird sie die denkende Arbeiterklasse nicht überzeugen können, daß es arbeiterfreundlich ist, wenn fremde Arbeiter in Massen nach Deutschland kommen und die Löhne drücken können, während die Preise der Lebensmittel künstlich hochgetrieben werden.

Wir sind daher dem „Reich“ dankbar, daß es sich über unseren Rat aufgeregt hat, kein Gewerkevereiner möge einen Lebensmittelveiterer wählen. Das wird den Arbeitern im Hirsch-Dunderischen Lager die Augen öffnen!

Der „Vorwärts“ bedauert ebenfalls unsere Stellung. Nachdem das Blatt die vom Zentralrat beschlossene Resolution, die wir in Nr. 63 zum Abdruck brachten, wiedergegeben hat, glaubt es uns in folgender Weise kritisieren zu können:

Die „freie Hand“ der „neutralen“ Hirsch-Dunderianer steht nun so aus: Sie dürfen keinen Sozialdemokraten oder Zentrumsmann wählen, denn diese sind seine (ihrer Organisationsform) sie dürfen keinen Konservativen oder rechts stehenden Nationalliberalen wählen, denn diese sind entweder Lebensmittelveiterer oder Gegner des Reichstagswahlrechts oder alles beides. Sie dürfen aber die Freisinnigen als Freunde der Hirsch-Dunderischen Bestrebungen wählen oder vielmehr müssen es, weil ihnen keine andere Wahl bleibt. So steht die Hirsch-Dunderische Neutralität aus! Nur bei Stichwahlen werden die Gewerkevereiner es sich gern gefallen lassen, wenn die Lebensmittelveiterer gegen einen Anhänger des freien Wahlrechts oder die Feinde ihrer Organisationsform einen Gegner des Reichstagswahlrechts in ihrem Kandidaten zum Siege verhelfen! Solche Hilfe anzunehmen, erscheint ihnen gegen einen christlichen Durchfall als das kleinere Übel. — Sie selbst wählen natürlich in der Stichwahl aus „Neutralitätserregung“:

„Bon nichtdürben“ und „müssen“ ist in dem Zentralratsbeschlusse nirgendwo die Rede. Der Gewerkevereiner kann wählen, wen er will. Wir zwingen niemand! Die Gewerkevereiner sind freie Männer! Der „Vorwärts“ hat aber richtig kapiert, daß der Gewerkevereiner keinen Sozialdemokraten wählen kann, denn dieser ist ein Feind unserer Organisation. Unser Satz war also deutlich genug. Nur das „Reich“, das gerade diesen Satz überhört, sucht die Gewerkevereine zu verächtigen, daß sie für die Sozialdemokratie Propaganda machen. Sogar braucht die Presse unserer Gegner, um die Gewerkevereine denutzigen zu können!

Wir sind sicher auf dem richtigen Wege, wenn das „Reich“ uns verächtigt, „sozialdemokratisch“ zu wählen, der „Vorwärts“ aber, daß wir „erzreaktionär“ wählen würden.

Die Deutschen Gewerkevereine stehen nach wie vor auf neutralem Boden, denn sie sind keiner Partei verpflichtet. Wir sehen keine Verletzung der Neutralität in der notwendigen Kritik des Verhaltens der verschiedenen Parteien, wenn und dies Verhalten arbeiterfeindlich erscheint. Arbeiterfeindlich, d. h. „erzreaktionär“ ist auch die

Sozialdemokratie, der es zuzuschreiben ist, daß der Deutsche Reichstag der junkerlichen Herrschaft ausgehört worden ist. Aus die deutsche Sozialdemokratie last garnicht im Reichstage vertreten war, gab es kein so übermütiges Junkertum und auch kein in wirtschaftspolitischen Fragen so rückwärtliches Zentrum wie in unserer Zeit. Mit der Sozialdemokratie ist auch die Reaktion gewachsen! Mögen die deutschen Arbeiter am 25. Januar dieser Lausache eingedenk sein. Damit dienen sie sich, dem Volke und unserem Vaterland!

Die in ihren geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen durch die letzten Reichstagsmehrheiten oft hart bedrohte und vielfach schwer geschädigte deutsche Nation wird besseren Tagen entgegengehen, unter Vertrauen, das wir in die wachsende Einsicht der Arbeitermassen setzen, wird nicht getauscht werden. Ueber den Parteien siehe allen das Vaterland! K. G.

## Die Gefängnisarbeit in Preußen.

Unternehmer wie Arbeiter klagen mit Recht über die Konkurrenz, die ihnen durch die billige Arbeit der Gefangenen in und außerhalb der Gefängnisse gemacht wird. Die preussische Gefängnisverwaltung hat diesen vielfach auch in Parlament erhobenen Klagen nach Möglichkeit Rechnung getragen. In dem Bericht über das Rechnungsjahr 1904/05 wird über die zum Ressort des Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden u. a. folgendes gesagt:

Für die Regelung des Arbeitsbetriebes gelten folgende Grundsätze:

1. Alle Bedürfnisse, sowohl der einzelnen Anstalten, als der gesamten Gefängnisverwaltung, sind, soweit irgend möglich, durch Arbeit der Gefangenen zu befriedigen.

Alle Hausarbeit in den einzelnen Anstalten wird durch Gefangene verrichtet; die Herstellung der Reinigungs-, Lagerungs- und sonstigen Bedarfsgegenstände geschieht durch Gefangene; in einzelnen Anstalten sind Werkstätten eingerichtet zur Herstellung von Handgeweben für Bekleidung und Lagerung. (Diese Handgewebe sind erheblich dauerhafter, als Maschinengewebe.) Die baulichen Reparaturen, größere Umbauten, Ergänzungsbauten und Neubauten werden durch Gefangene ausgeführt; insbesondere werden die Gefangenen verwendet zum Bau von Dienstwohnungen für Beamte, namentlich Unterbeamte.

2. Die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für Reichs- und Staatsbeamten ist möglichst zu fördern.

Sie gewinnt mit jedem Jahre größere Ausdehnung. Insbesondere werden für die Herbergsverwaltung Schneiderarbeiten und Ausstattungsstücke für Kavernen und Lazarette, für die Eisenbahnverwaltung Ausstattungsstücke für Diensträume, Werkzeugschäfte für Staatsbedürfnisse gefertigt. In der Strafanstalt Moabit und dem Gefängnis zu Anrath sind Druckereien eingerichtet, in denen Drucksachen für die Gefängnisverwaltung, z. B. die Strafzettel für die Strafanstaltsverwaltung und die Fürsorgegeheimnisse, das Verordnungsblatt und sämtliche Formulare hergestellt werden.

3. Mit Landeskulturarbeiten sind Gefangene in möglichst großer Zahl, soweit dies ohne Schädigung der Zwecke des Strafvollzuges geschehen kann, zu beschäftigen. Dazu werden verwendet: Zuchtungsgefangener, wenn sie mindestens ein Jahr ihrer Strafe verbüßt, sich gut geführt haben und der Strafreis nicht mehr als ein Jahr, ausnahmsweise zwei Jahre, beträgt; Gefängnisgefangene mit ihrer Zustimmung, wenn sie sechs Monate, ausnahmsweise drei Monate, ihrer Strafe verbüßt, sich gut geführt haben und wenn der Strafreis nicht mehr als zwei

freien Brauereien zu arbeiten, bis ihre Nummer im Arbeitsnachweis an der Reihe ist. Die wirklich Arbeitslos gebliebenen werden demnach demnach...

Biegler, Stettin erschienen war. Derselbe sprach über die „Soziale Frage und die Deutschen Gewerkevereine“. In seinem ausführlichen Vortrag schilderte der Redner das jetzige...

arbeiter in 2, zum 6. Januar einen Redner zu schicken, wird festgelegt. Kollegen Krugbauer wurde das Referat übertragen. Der Antrag der Fabrik- und Handarbeiter...

§ Leipzig. Die am 1. Dezember vom Ortsverband Leipzig-West einberufene Versammlung hatte sich mit dem von dem Ausschuss des Ortsverbandes Leipzig abge-

§ Hermann Scheil, Vorsitzender.

§ Versammlungen. Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstr. 221/222. Gäste willkommen.

Verbands-Zeil

§ Saarbrücken. Der Ortsverband hielt am Montag, 25. November, eine Versammlung ab im großen Saale des Volksparks, in welcher Kollege Keller über die Bedeutung des örtlichen Tagelohns sprach.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß zum Brandenburg-Kaufmännischer Ausbreitungsverband gehörnde Ortsvereine ihre Beiträge an den früheren Kassierer sandten. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß seit dem 1. Oktober d. J. alle Geldbeträge an den jetzigen Kassierer, Kollegen Adolf Ripparat, Spremberg, Mühlentstr. 3, zu senden sind.

§ Orts- und Bezirksverbände. Hesse (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Will, Schulte-Wattler, Distriktsrat. — Hannover und Nienburg (Ortsverband). Die Besprechung der Ortsverbände-Erweiterung finden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandshaus des „Königsbergs“, Brühlstr. 12, statt.

§ Brandenburg-Kaufmännischer Ausbreitungs-Verband. Protokollauszug der außerordentlichen Sitzung vom 16. Dezember 1906, abgehalten im Saale A. Köhnen. Öffnete um 4 1/2 Uhr die Sitzung, worauf zunächst die eingehenden Schreiben aus N. Köhnen, Görlitz, Reula, Berlin, Dresden und Bismarck in der Ausbreitung verlesen wurden.

Anzeigen-Zeil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Bekanntmachung. Der Vorstand beruft zum Dienstag, 15. Januar 1907, abds. 7 1/2 Uhr in das königliche Casino nach Berlin, Jolyplatzstr. 72, eine außerordentliche Generalversammlung der Zuschuß-Kassen-Unterstützungs- und Begräbniskasse (Eingetragene Hilfskass. Nr. 123, St. Berlin). Tagesordnung geht den Mitgliedern per Postkarte zu.

Ortsverein d. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin V. Sonntag, 23. 12. cr., nachm. 4 Uhr, Sankt-Johann, Kottbusstr. 4a (großer Saal). Weihnachtsfeier. Rede, gehalten vom Redakteur des „Gewerkevereins“ Kollegen Karl Goldschmidt. Ehrwürdige Weihnachtsaufführung. Kadetten-Lanz. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22. Treffpunkt aller Gewerkevereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Fröhliche Besuche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelmäßigkeiten. Nach den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Bergangenungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, dabei zum Besuche freundlichst ein Carl Berndt, Deponom.

Ortsverein d. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin II. Sonnabend, 29. Dez. 06, abds. 8 1/2 Uhr, Bruchstr. 20a, Oberr Saal. Weihnachtsfeier. Rede des Verbandsredakteurs Kollegen Karl Goldschmidt. Verlosung für Kinder und Erwachsene. Zum Schluss: Tanz. Gäste willkommen!

§ J. A. des Vorstandes: Franz Raping, Schriftführer. Weihenst. id. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Abendbrot, Radfahrer a. früh Kaffe. Karten bei G. Fischer, Leipzigerstr. 24. Eifensch (Ortsverband). Karten d. Kassierer Eduard Hartmann, Bienenstr. 10.

Restaurant Teufels-See. Inh. Fritz Meyer (Tel. Köpenick 53) am Fusse der Müggelberge. herrlich gelegen am romantischen Teufels-See. Eigenes Dampfboot am Müggelsee. Schöne Waldpromenade (5 Min.)

Der Gewerkeverein Jahrgang 1905 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mark. N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben. Verbandsbureau: Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/22. Ostberlinerungen zur Verbandskassier R. Klein, Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/22.

Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Girja 166 x 280 mm in neuer Ausstattung vom Verbandsbureau Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22 zum Preise von 50 Pfennigen zu beziehen.

Photographie des Verbandsanwalts der Deutschen Gewerkevereine in Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/22 photographirt v. Rod. Thiesen vorzüglich ausgefallen, Cartongröße 33/45 cm, wirkungsvolles Ausstattungsgest für Vereinslokale. Portofrei zu beziehen gegen vorherige Einsendung von 2 Mark an Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/22. Erwan, R.-S. (Ortsverb.). Durchreisende Genossen erhalten 30 Pf. Unterstützung bei den Vereinskassierern bzw. bei dem Ortsverbandesass. Genoss. A. Bentzloff, Thielgasse.

Ortsverein d. Maschinenbau- u. Metallarbeiter Berlin VIII. Am Sonnabend, 22. Dez., abds. 8 Uhr im großen Saale des Verbandshauses Weihnachtsfeier mit darauffolgendem Tanz. Durchreisende erhalten 30 Pf. Unterstützung bei den Vereinskassierern bzw. bei dem Ortsverbandesass. Genoss. A. Bentzloff, Thielgasse. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Hannover-Linden. (Ortsverband). Arbeitsnachweis des Carl Hebel, Hannover, Helfenstr. 32a I. Offen (Wahl). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Beschäftigungskarten im Gewerkevereinsbureau, Post-Str. 16. Garmisch in Weiskalen (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mk. Unterstützung beim Verbandskassierer Carl Baßert in Garmisch, Garmischstr. 62.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22. — Druck und Verlag: Goedeck & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

den Hauptplatz überhaupt verlassen, und nun blieb dem...
Das Gericht erließ in dem Besonderen der Arbeiter einen traurigen Fall von Terrorismus und es verurteilte die beiden Hauptverantwortlichen Scheid und Ranegold am Montag, 17. Dezember, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu je vier Wochen Gefängnis.

Überaus interessante Zahlen aus der deutschen Kriminalstatistik werden im neuesten Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches mitgeteilt: Danach hat die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Rechtsgefesse Verurteilten im Vergleich zum Jahre 1904 zwar zugenommen, aber bei weitem nicht so erheblich, wie im vorausgegangenem Jahre, und verhältnismäßig etwa nur einhalb so viel, wie die allgemeine Bevölkerungsziffer gestiegen ist. Es hat im Jahre 1905 eine Steigerung um 3413 Verurteilte oder 0,66 pSt. gegenüber einer solchen um 11623 oder 2,3 pSt. im Jahre 1904 stattgefunden. Die allgemeine Bevölkerungsziffer ist im Jahre 1905 um etwa 1,3 pSt. gestiegen. Vom sozialen Standpunkte aus ist beachtenswert, daß die Zahl der Verurteilungen gegen das Vermögen, die in den Jahren 1903 und 1904 unter dem Einflusse der gebesserten Erwerbsverhältnisse zurückgegangen war, jetzt eine Steigerung zeigt, was man ohne Zweifel als eine Folge der starken Erhöhung der Lebensmittelpreise wird ansehen müssen.

Im einzelnen entnehmen wir der Statistik noch der „Bef. Stg.“ noch, daß auf die Verbrechen und Vergehen gegen die Person 219.105 (1904: 220.164), auf die gegen das Vermögen 205.588 (202.860), auf die gegen Staat, Religion und öffentliche Ordnung 94.586 (92.677) und auf die im Amte begangenen 11.660 (12.75) entfallen. Die Zahl der Verbrechen gegen die Person zeigt also einen Rückgang um rund 1000, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die im Jahre 1904 sehr stark gestiegenen Beleidigungen jetzt eine Abnahme von 60.093 auf 58.750 Verurteilte zeigen. Auch die Zahl der wegen gefährlicher Körperverletzung Verurteilten ist von 98.985 auf 97.716 gesunken, wogegen die Verurteilungen wegen leichter Körperverletzung von 26.775 auf 27.617 gestiegen sind. Die Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit zeigen in ihrer Gesamtheit eine kleine Abnahme, von 13.499 auf 13.362, die hauptsächlich auf die Rupperei entfällt. Unter der zweiten Gruppe, den Delikten gegen das Vermögen, spielt der Diebstahl die Hauptrolle, der eine Zunahme zeigt. Wegen einfachen Diebstahls sind 85.512 Personen verurteilt worden 85.728 im Jahre 1904, darunter 12.921 (12.707) im wiederholten Rückfall, wegen schweren Diebstahls 13.667 gegen 13.154, darunter 3.118 (3055) im wiederholten Rückfall. Betrug brachte 25.797 (1904: 25.789), Fehlerlei 7273 (7215) Personen zur Verurteilung. Beachtenswert ist die erhebliche Steigerung der Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion; die Zunahme beträgt hier 2,1 pSt., nachdem sie sich im Jahre 1904 sogar auf 6,9 pSt. belaufen hatte. Die Hauptrolle spielen hier Hausfriedensbruch mit 24.825 (1904: 24.701) und Wiberstand gegen Vollzugsbeamte mit 17.328 (16.965) Verurteilten. Den größten Anteil an der Zunahme hatten aber einzelne Vergehen gegen die Gewerbeordnung und gegen das Gesetz, betreffend die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Das letztere Gesetz hat allein 3940 Verurteilungen verursacht gegen 1826 im Jahre 1904. Wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter sind 2133 Personen verurteilt gegen 1635 im Jahre 1904. Die Zahl der Verurteilungen wegen Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit gewerblicher Arbeiter hat sich nahezu verdoppelt (785 gegen 395). Die in den Vorjahren stark gestiegenen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe zeigen im Jahre 1905 zum ersten Male einen Rückgang (von 9057 auf 8633). Erfreulich ist der nun schon vier Jahre anhaltende Rückgang der Verbrechen und Vergehen im Amte, der im letzten Jahre 9 Prozent beträgt. Zu erwähnen bleibt noch, daß die Zahl der wegen Majestätsbeleidigung Verurteilten sehr stark, von 239 auf 160, zurückgegangen ist.

Auch schon aus dieser knappen Zusammenfassung geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie sehr die Kriminalstatistik durch die sozialen Verhältnisse beeinflusst wird.

Wird der volkswirtschaftlichen Wissenschaft in ihrer Stellung zur Praxis beschäftigt, so die Berliner Ortsgruppe des Deutschen volkswirtschaftlichen Verbandes in ihrer Sitzung am 15. Dezember. Das einleitende Referat hielt der Generalsekretär des

Bereins der Industriellen Pommerns, Dr. Flechtner-Sietlin. Der Redner kam zu folgenden Schlüssen:

Es besteht aus ein bedeutsamer Gegenstand zwischen den Vertretern der volkswirtschaftlichen Wissenschaft und der Praxis, insbesondere der Industrie. Dieser Gegenstand ist vor allem durch die verwickelten Verhältnisse, die durch die Arbeiterfrage geschaffen worden, denn die Vertreter der Wissenschaft stellen sich vielfach einseitig auf den Standpunkt des Arbeiters, zum mindesten liegen ihre Sympathien auf Seiten der Arbeiterklasse. Dieser Standpunkt kann aber nicht als ein berechtigter angesehen werden, denn die Wissenschaft ist objektiv, sie ist über den Parteien, sie ist unparteiisch, sie ist über den Parteien, sie ist nicht vorgeblich. Die Begünstigung der Arbeiterklasse als der wirtschaftlich schwächeren Teil der Unternehmung der Wissenschaft bedingt, ist heute hinstufig geworden; die Arbeiterfrage ist fast ganz sich selbst überlassen, sie braucht keinen Schutz und muß ihn nicht. Das Hauptverhältnis der Wissenschaft hat den Gegenstand zwischen Arbeitern und Arbeitern nicht gemindert, sondern vielmehr verschärft. Am die Kunst zwischen Wissenschaft und Praxis zu überbrücken, ist es erforderlich, die beiderseitigen Vertreter in enger persönlicher Fühlung mit einander zu bringen. Als die besten Vermittler sind die volkswirtschaftlichen Beamten anzusehen. Sie haben die Pflicht und auch die Möglichkeit, auf den Ausgleich dieser Gegensätze hinzuwirken.

Es ist keineswegs richtig, daß die volkswirtschaftliche Wissenschaft sich einseitig auf den Standpunkt der Arbeiter stellt. Die von der Wissenschaft erforderten Leistungen werden allerdings zugunsten der vorwärts- und emporgingenden Arbeiterklasse. Das Zusammenwirken der wissenschaftlichen und praktischen Vertreter der Volkswirtschaft erfolgt bereits in der Gesetzgebung für Soziale Reform und im Bereich für Sozialpolitik. Die Vertreter der Unternehmerverbände setzen sich nur daran beteiligen, dann haben sie, was Herr Dr. Flechtner wünscht.

Der Streit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den sogenannten unpolitischen Gewerkschaften der Berlin-Litauer Richtung basiert an und an der vielfach zu aus, daß die christlichen Parteien zur gegenseitigen Unterstützung der Sozialist anwenden. Jetzt hat sich in einer Generalversammlung zu Köln am Rhein der Augustusverein zur Pflege der christlichen Presse mit diesem Streite beschäftigt und folgenden Beschlusse gefaßt: Die Generalversammlung des Augustusvereins mitteilt, wenn von irgend einer Seite versucht wird, von der Zentrumspresse in der Gewerkschaftsfrage durch Anrohung von materiellen Nachteilen, durch Boykott und Entziehung der Unterstützung eine von der bisherigen Haltung abweichende Entscheidung zu erzwingen.

Dieser Beschlusse zeigt erkennen, daß die Unzufriedenheit unter den Kreisen vom Zentrum sehr groß ist. Nicht nur gegen die Gewerkschaften üben sie diese Unzufriedenheit, sondern auch gegen abweichende Meinungen in den eigenen Reihen. Es ist interessant, diese Tatsache vor der ganzen deutschen Arbeiterbewegung feststellen zu können.

Der in der sozialdemokratischen Presse wiederholt zum Ausdruck gekommene verdeckte Nationalismus wird natürlich noch übertrumpft in der antijewischen Presse selbst. So protestiert die „Deutsche Zeitung“ über die sozialdemokratische „Arbeiterpartei“ mit folgenden Worten:

Büro, Stadtthagen, Arons, Gohn, Bernstein, Golowin, Davidow, Persels, Haase, Singerleben, und die Kaja noch daneben. Das ist — Himmel sich' uns bei! Die deutsche „Arbeiterpartei“.

Die sozialdemokratische Presse darf sich über diesen Spott nicht beklagen.

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins der Fabrik- und Handwerker hat die stillen Emil Kiedel in Reman in Baden, Lindholzfabrik, und Peter Reub in Kaiserlautern, Daagru. 46, 55 Agitationsleiter ernannt. Wir bitten alle Verbandsmitglieder in Württemberg, Baden, Preußen und Pommern sich an die betreffenden Kollegen zu wenden, wenn sie für die weitere Ausbreitung dieses Gewerkschafts wirken können. Es gibt zahlreiche Dutzende dieses Gebietes, in welchen Ortsvereine der Fabrik- und Handwerker noch nicht bestehen.

Ueberhaupt ist es dringend wünschenswert, daß die Ortsverbände sich zeitweilig in ihrem Bereich bewegen, welche Ortsvereine aus dem Verbands der Deutschen Gewerkschaften noch nicht vertreten sind. Aus dem Adressenverzeichnis des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften sind die Adressen sämtlicher Hauptverbände zu entnehmen, an die man sich um Zusendung von Agitationsmaterial wenden kann. Auch unser Verbandsbureau, Berlin, NO. 55, Greifswalderstraße 221/23, ist jeder Zeit bereit, Agitationsmaterial zu versenden. Es bedarf nur einer Postkarte.

1½ Millionen Soldaten, über 44 Millionen Arbeiter! Während uns die Schrecken des ewigen Friedens begeistert verflucht werden, so schreibt ein

französisches Blatt in seinem Weihnachtsartikel, legen sich die Völker von Tag zu Tag eine schwere Last auf. Auf unserm Erdball gibt es gegenwärtig 5 250 000 Soldaten, die in Friedenszeiten unter Waffen stehen. Würde einmal ein Weltkrieg ausbrechen, so wären in wenigen Tagen 44 250 000 Soldaten bereit, sich bis zur Vernichtung zu kämpfen.

Die ungarischen Agrarier stehen an Geschäftsflair und Rücksichtlosigkeit gegenüber den Arbeitern ihren deutschen Standesgenossen keineswegs nach. Auch die ungarischen Landarbeiter haben unter schlechter Behandlung und überaus ungünstigen Lohnverhältnissen schwer zu leiden, so daß viele von ihnen den ungarischen Staub der Heimat abschütteln und meistens des Ozeans sich eine neue, bessere Heimat suchen. Anstatt nun durch Gewährung günstigerer Arbeitsbedingungen die Landarbeiter an die Stelle zu fesseln, sucht man durch ähnliche Mittel wie bei uns der sich löshbar machen den Verlust abzuwehren. So hat vor kurzem der landwirtschaftliche Verein des Bistors Komitats einstimmig den Beschluß gefaßt, für den Fall, daß sich die einheimischen Erntearbeiter weigern, bis 31. Januar Ernteverträge abzuschließen, 15 000 bis 20 000 chinesische Kulis einzuführen. Dieser Beschluß ist den Arbeitern durch öffentlichen Anschlag zur Kenntnis gebracht worden. Offenbar will man dadurch die Erntearbeiter einschüchtern und sie veranlassen, die Arbeitsverträge zu einer Zeit abzuschließen, die ihnen durchaus ungünstig ist.

Man sieht, die Herren Agrarier sind sich überaus gleich. Denn sie nur ihren Profit haben, dann fragen sie den Teufel nach dem Schutz der nationalen Arbeit.

### Gewerkschaften-Teil.

§ 6. Wohlfahrts-Einrichtungen der deutschen Unternehmer im Jahre der Wahrheit, lautete das Thema, das am Sonntag, 25. November, im Saale des Herrn Steberg abgehaltenen 4. Jahresversammlung der Arbeiter durch die Industrie, die Ausbreitung der Arbeiter durch das Unternehmertum, das letztere war, die neuen Maschinen so schnell wie möglich beschaffen zu machen, unbekümmert um das Wohl und Befinden der Arbeiter. Lange Arbeit und niedrige Löhne waren die Folgen dieser Profitgier. Keine Organisation war da, die diesem Uebel einen Damm setzte. Erst als sich die Organisation entfaltete und dem Unternehmertum zuwies: „Mit dieser und nicht weiter!“ da mußte ein Mittel gefunden werden, um die Arbeiter der Organisation fernzuhalten; und so kam man die Wohlfahrts-Einrichtungen, die vielfach als eine Stützmauer für die Arbeiter und ein Hindernis für die Organisation bilden. So will nicht abstrahieren, daß es noch Unternehmern gibt, so sehr der Arbeiter ist, wie es ehlich mit ihren Arbeitern meinen, aber sie sind in der Kinderzeit. Ich will ihnen bloß vor Augen führen, wie es mit den Fabrikwohnungen gemacht wird. Der Arbeiter gerät mit dem Augenblick, wo er eine Fabrikwohnung bezieht, in eine große Abhängigkeit; er kann nicht mehr fort ausziehen, und ist er das Arbeitsverhältnis, so muß er auch die Wohnung räumen, und das mandam in sehr kurzer Zeit. J. D. die Firma Junke & Hund hat in ihrem Mietverträge einen Paragraphen, der sagt: wenn der Arbeiter bei uns aufhört, so kann er wohnen bleiben, muß aber für 1/2 Jahr die Miete im voraus zahlen. Wo soll der Arbeiter das Geld hernehmen? Es ist vorgekommen, daß der Sohn eines Arbeiters auf einer Reise mit dem Verdienst nicht zufrieden war und sich deshalb eine andere Stellung suchte. Da wurde dem Vater gesagt: „Entweder Ihr Sohn kommt wieder zu uns oder Sie müssen ausziehen.“ Ja, es wird sogar verlangt, daß 3 Personen in dem Betriebe arbeiten müssen; wer keine Söhne hat, muß Kolonnen halten, die auf dem Werke arbeiten. Dies ist vorgekommen auf der Seidenweberei Rheinfelden. Wir finden es nicht immer aufs deutlichste betont, daß für den Sohn eine Pflicht besteht, beim Arbeitgeber des Vaters in Dienst zu treten. Der Sohn muß schon mit Rücksicht auf den Vater bleiben. Ein Arbeiter, der auf Kolonie Riedorf wohnt, hatte 9 Kinder, also eine Familie von 11 Köpfen zu ernähren. Der älteste Sohn arbeitete bei einem Privatunternehmer und verdiente dort 30 Pf. pro Tag mehr. Da kommt der Hausvater und fragt: Wo arbeitet Ihr Sohn? Nachdem wurde der Vater fargend vor die Alternative gestellt, entweder den Sohn zur Fabrik zu schicken oder die Wohnung zu räumen. Der Sohn mußte gehorchen. Daß täglich 30 Pf. weniger verdienen ein schwerer Bruch war für die große Familie, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Daß durch solche Bestimmungen die freie Berufswahl und die Grundbindung des freien Arbeitsvertrages ausgeschlossen wird, ist selbstverständlich. Das Wohnungsverhältnis basiert nur so lange wie das Arbeitsverhältnis. Der Fabrikant kann also seinen Arbeiter durch die Kündigung zugleich arbeits- und abhanges und wohl gar zu einem anweisungsbereiten Sachmann machen. Auf diese Ursache hat auch der Nationalökonom Roscher hingewiesen. Ebenso sprechen sich auch zahlreiche Gewerkschaftsinpektoren aus. Und wie sieht es mit dem Eigentumserwerb von Häusern aus? Da gibt es Firmen, die dem Arbeiter glaubhaft machen wollen, nach 10 jähriger Tätigkeit gehöre das Haus dem Arbeiter. Es wird ihm bei jeder Wohnung (sowie abgehalten). Hat der Arbeiter nun bereits 10 Jahre dazum, so wird ihm das Leben so sauer gemacht, daß er die Arbeitsstelle verläßt und er ist bei dem ganzen Verlust verurteilt. (Das halten wir für ungeschicklich und bitten um Angaben des Falles, damit das Interesse der Arbeiter gewahrt werden kann. Red. des

Jahre beträgt. Zucht- und Gefängnisgefangene dürfen nicht zusammen arbeiten; von freien Arbeitern müssen sie getrennt gehalten werden. Um eine Schädigung der freien Arbeiter zu verhindern, darf diese Verwendung von Gefangenen nur dann stattfinden, wenn die Arbeiten unterbleiben würden, weil freie Arbeiter nicht dafür zu haben sind oder die hohen Löhne der freien Arbeiter zu haben sind oder die hohen Löhne der freien Arbeiter zu haben sind oder die hohen Löhne der freien Arbeiter zu haben sind.

In Dpreußen ist das 3000 ha große Augustamoos in Angriff genommen, von dem 1000 ha große Moorbrück wird ein Teil von 1000 ha bei Garstede in Kultur gesetzt; das Ruppelmoos, 1800 ha groß, wird weiter ausgebaut. In Pommern wird ein Teil des Vebamoos für die Domänenverwaltung als Anschlag an die Domäne Witzig kultiviert, ein anderer Teil — Neuhammerstein — für die Pommerische Versuchsanstalt, um vorbildlich für die Moorkultur überhaupt zu wirken.

Auf dem königlichen Fideikommissgut Schmolzin werden 750 ha Moor in Viehweiden umgewandelt. In der Provinz Hannover werden das Reppinger Moor im Regierungsbezirk Stade, 1029 ha groß, und das Marcardmoos im Regierungsbezirk Aurich, 2066 ha groß, zu Ansetzungsflächen für die General-Kolonisation ausgebaut. In der Provinz Schleswig-Holstein kultiviert die Gefängnisverwaltung unter Aufsicht und Leitung der Zentralmoorkommission für eigene Rechnung das rund 210 ha große Bargstedtermoos und das rund 451 ha große Reitmoos im Kreise Rendsburg, ebenso 75 ha Weidland auf dem Platten Venn, Regierungsbezirk Aachen. Hier sind die Kulturen soweit vorgeschritten, daß das Bargstedter Moor ganz, das Platten Venn zum Teil mit Kolonisten besetzt wird, und im Reitmoos in nächsten Jahre das erste Kolonat ausgegeben wird. Die Kolonate werden mindestens 10 ha groß ausgelegt, auch steht es kapitalkräftigen Kolonisten frei, Doppelsonnate zu erwerben. Ein Kolonist will sogar vier neben einander gelegene Kolonate erwerben, um einen Bauernhof anzulegen. Die Häuser der Kolonisten werden nach deren Wünschen von der Gefängnisverwaltung durch Gefangene gebaut; sie werden dadurch erheblich billiger und die vom Kolonisten zu tragende Pauschale geringer. Auf den für die General-Kolonisation kultivierten Mooren wird ebenso verfahren, für die westlichen Moore finden sich genug Bewerber, die schon auf die Fertigstellung der Kolonate lauern. Es fehlen leider die Mittel, um Kolonate herzustellen und Häuser zu bauen, als besetzt werden. Damit dient die Gefängnisverwaltung auch der inneren Kolonisation, und die Gefangenen, welche die Rechtsordnung gefährdet haben, tragen ihre Schuld gegen die Gesellschaft dadurch ab, daß sie für die staatsverhaltenden Elemente ein wirtschaftlich gesichertes Leben schaffen.

Mit Zunahme der kultivierten Flächen wird auch in Aussicht genommen werden können, solche Gefangene, die sich gut geführt und bei diesen Arbeiten bewährt haben, deren Familienleben nicht zerstückt ist, anzusiedeln und diese damit für das geordnete soziale Leben wieder zu gewinnen.

Auf der Kurischen Nehrung werden die Bänderdünen besetzt und die gefährdeten Dörfer geschützt, auch sollen dort Wegeanlagen gemacht werden, um den Bewohnern bessere Verbindungen zu schaffen. Auf der Frischen Nehrung und der Halbinsel Hela sind Gefangene beschäftigt, um Bänderdünen festzulegen und durch Forstkulturen zu schützen. In Estland werden Gefangene verwendet, um die Hochwasserflächen zu besetzen und die Flüsse zu regulieren, um neue Schäden zu verhüten. Eine gleiche Arbeit wird in der Rheinprovinz am Sieglasse ausgeführt. Der Nordhorn-Almelo-Kanal ist mit Gefangenen gebaut; an der Ausführung eines projektierten Kanals im Marcardmoos wird auf die Arbeit der Gefangenen gerechnet. Im Regierungsbezirk Osnabrück wird eine große Entwässerungsanlage, die Artländer Melioration, ausgeführt, an welcher 5681 Fester beteiligt sind, und für welche 2 300 000 Mk. aufgewendet sind. Dies umfangreiche Werk, auf welches die Beteiligten seit vielen Jahrzehnten gehofft, wäre wohl kaum in Angriff genommen, wenn nicht Gefangene dafür zur Verfügung gestellt wären. Im Regierungsbezirk Lüneburg sind Gefangene beschäftigt, verweilende Eislande in fruchtbares Weidenland zu verandeln. In der Eifel wird durch die Gefangenenarbeit für die Domänenverwaltung Weidland kultiviert, um daraus Weidweiden anzulegen, welche für die landwirtschaftliche Bevölkerung vorbildlich werden sollen; damit ihre wirtschaftliche Lage geboten wird. An der Mosel bei Trier, an der Saar bei Serrig und an der Rahe bei Niederhausen werden für die Domänenverwaltung Vorhöfen in Weinberge umgewandelt. Außerdem sind auch an Genossenschafts- und Privatpersonen Gefangene zu denartigen Meliorationen,

namentlich in der Provinz Westfalen und im nördlichen Hannover, abgegeben.

Die Zahl der bei diesen Arbeiten verwendeten Gefangenen hat im Durchschnitt 1828 betragen.

4. Die übrigen Gefangenen werden im öffentlichen Auftrage an Unternehmer zur Ausführung von Industriearbeiten vergeben. Es wird darauf gehalten, daß nicht einzelnen Unternehmern eine zu große Anzahl von Gefangenen überlassen wird, und daß nicht in einzelnen Industrien eine im Verhältnis zur Zahl der darin tätigen freien Arbeiter unverhältnismäßig große Zahl von Gefangenen beschäftigt wird. Kurzzeitige und gebrechliche Gefangene werden in geringer Zahl ohne Vertrag mit sogenannten Gelegenheitsarbeiten beschäftigt, z. B. mit Verlesen von Hülsenfrüchten, Federräumen, Laugpumpen. Die Zahl derselben beträgt 4,7 Prozent.

Seit dem Jahre 1869 ist die Zahl der auf Grund von Verträgen in Unternehmernbetrieben beschäftigten Arbeiter von 73 auf 24 Prozent herabgemindert (1869: 73, 1895: 52, 1896: 52,6, 1897: 49,1, 1898: 45,7, 1899: 40,7, 1900: 40,4, 1901: 37, 1902: 32,8, 1903: 27,2, 1904: 24 Prozent). Je größerer Umfang die Beschäftigung der Gefangenen im Dienste für Staatsbehörden gewinnt, desto mehr kann der Unternehmernbetrieb eingeschränkt werden; einzelne Anstalten haben ihn schon ganz beseitigt.

**Allgemeine Rundschau.**

Freitag, 28. Dezember 1906.

In Leitartikel der vorigen Nummer wurde gesagt über den Mangel an Schnee und Eis als Schmutz des Weihnachtsestes. Forscher, als man denken konnte, ist diesen Klagen abgeholfen worden. Diese prompte Erledigung unserer Wünsche verdient alle Anerkennung. Es gab so viel Schnee und Eis an den Weihnachtstagen, daß erheblich weniger auch noch genug gemeldet wäre.

Ganz weiß als Deutschland aus, als aus dem schwarzen Erdteil die Nachricht kam, die Bondelzwärts hätten sich unterworfen. Das Friede auf Erden! — Ich also von den unkultivierten schwarzen Menschen in Südwestafrika besser benachteiligt worden, als von vielen weißen Kulturmenschen der übrigen Welt, die an ihrer feindseligen Feindschaft trotz allem weihnachtlichen Friedensgeistes festhalten.

Und in Deutschland besonders sorgt der Wahlkampf schon dafür, daß Haber und Streit lebendig bleiben, weil die meisten Menschen so sehr an sich selbst denken, daß ihnen der Blick für das Interesse des Ganzen und des Vaterlandes völlig verloren geht.

Die Unterwerfung der Bondelzwärts wird, wie man hofft, den Krieg in Südwestafrika bald beenden. Dann könnten unsere armen Jungen wieder in die deutsche Heimat zurückkehren.

Nun noch ein gefälliges Wort. Zahlreiche Ortsvereine haben es verbummelt, die Anmeldekarten für die Zusammenkunft des „Gewerksverein“ pro I. Quartal an uns zurückzusenden. Wahrscheinlich hängt diese höchst bellagener Nachlässigkeit mit dem Wechsel in den Vorstandsdämtern zusammen.

Wir bitten nunmehr die klüglichen Ortsvereine, die Karten schleunigst mit den Namen der Organempfangener auszufüllen und sofort an uns zurückgelangen zu lassen.

Allen treuen Verbandsangehörigen und ihren Familien senden wir die herzlichsten Wünsche und Grüße zum neuen Jahre!

Der neue preussische Landwirtschaftsminister Herr von Arnim soll nur unter der Bedingung zur Uebernahme der Portfeuille bereit gewesen sein, wenn ihm die Möglichkeit gegeben würde, die Landarbeiter durch eine planmäßige innere Kolonisation festzuhalten zu machen. Das wäre eine sehr verständige Bedingung. Wenn die Landarbeiter zu billigen Preisen Grundbesitz erwerben können, dann werden sie sich eine Existenz auf dem Lande verschaffen und dann wird es auch zur Zeit der Feldbestellung und der Ernte in der Landwirtschaft nicht an Arbeitern fehlen. Der Grund und Boden ist aber infolge der Zoll- und Abperungspolitik so im Preise gesunken, daß es nur noch mit Staatszuschüssen möglich wäre, den Erwerb von Kleinanwesen durch Arbeiter zu ermöglichen.

Arland für die preussisch-estnischen Eisenbahnen. Nach einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 19. Dezember kann den Arbeitern der Staats-Eisenbahnverwaltung für gute Führung jährlich ein Erholungsurlaub erteilt werden, der eisenbahndienste beschäftigt und in Hilfsunterbeamten-tätig sind, je nach ihrer Verwendung bis zu sechs und acht Tagen, bei allen übrigen Arbeitern des Betriebs- und Werkstättenbetriebs, sofern sie mindestens 7 Jahre beschäftigt sind, vier Tage, sofern sie mindestens 10 Jahre beschäftigt sind, sechs Tage betragen darf.

Unser Verbandsredakteur, Kollege Abg. Gold-

schmidt, hat seit vielen Jahren die Gewährung von Urlaub an die Eisenbahnen gefordert. In diesem Jahre soll diese Forderung, die der verstorbenen Minister v. Budge noch kurz vor seinem Tode im Abgeordnetenhaus zugesagt ließ, nun endlich erfüllt werden. Das „kann“ und „darf“ in der Anordnung des Ministers macht leider aus dieser Wohlthat für viele eine Plage, denn der Günstlingswirtschaft und Willkürherrschaft wird damit ein breites Tor offen gehalten.

Arbeiterbewegung. Die in der Berliner Holzindustrie beschäftigten Arbeiter haben das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen, um einen Schiedsspruch über die von der Unternehmerorganisation getroffenen Kampfvorkehrungen herbeizuführen. Die Arbeiter sind nämlich der Meinung, daß die angeordneten Maßregeln Vertragsbruch bedeuten. — Die Aussperrung auf den Riesenwerken in Oberschöneweide dauert unverändert fort. Die Gewerbetreibenden werden dringend ersucht, Zugang fernzuhalten. — In Emsdetten (Kreis Münster) ist noch kurz vor Weihnachten zwischen den Fabrikanten und den Textilarbeitern infolge erneuter Verhandlungen eine Einigung zustande gekommen, durch die der Ausstand beendet worden ist. — Die österreichischen Postbeamten haben die vom Handelsministerium gemachten Vorschläge angenommen und die „passive Resistenz“ infolgedessen aufgegeben. — Der Ausstand der Seher in Belgien ist beendet und die Zeitungen erscheinen wieder regelmäßig. — Wegen Lohnunterschieden sind gegen 500 Heizer von verschiedenen Nebenlinien der Südpazifik-Eisenbahn in Texas und Louisiana in den Ausstand getreten. — Die Angehörigen der Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften in Kopenhagen und Frederiksberg haben beschloffen, am 2. Januar auf allen Linien die Arbeit einzustellen, wenn bis dahin nicht eine für sie annehmbare Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zustande gekommen wäre. — Der Streik der Dockarbeiter, der in der vorigen Woche in Rio de Janeiro ausgedroht war, ist beendet.

Volkstisch aufgelöst. Die gerichtliche angeordnete Generalversammlung der Berliner Hausdiener, zwecks Vornahme einer neuen Abstimmung über den Anschluß des Vereins der Berliner Hausdiener an den sozialdemokratischen Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter, verfiel infolge lärmender Austritte der polizeilichen Auflösung.

Es muß selbstverständlich eine neue Versammlung einberufen werden und auch in dieser wie in den ferneren wird schon durch die sozialdemokratischen Schreier dafür gesorgt werden, daß die weiteren Versammlungen der polizeilichen Auflösung verfallen. Das wird fortgesetzt, bis der protestierende Teil matt geworden ist. Das Ganze nennt man Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

§ 153 der S.-O. Bei einem Streit in Berlin bei der Firma Schiffer in der Waldemarstraße hatte einer der Streitenden einem Arbeitswilligen zugerufen: „Du Schweinehund, du verdirbst uns unser Brot!“ und ihm mit der geballten Faust einen Schlag gegen den Mund gegeben, so daß die Lippe aufschwoll und blutete. Der Beschlagene rief nach einem Schutzmann, was einen anderen Streitenden veranlaßte, ihm zu drohen: „Wenn du einen Schutzmann holst, dann hol' dich der Teufel, dann bekommst du noch mehr Prügel!“

In voriger Woche fanden diese beiden Streitenden Georg Ansoff und Otto Kleinke vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin und wurde ersterer zu 2 Monaten und letzterer zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen Terrorismus vier Wochen Gefängnis! Auf einem Neubau des Baumeisters Wolters in Hannover arbeitete, wie der „Hannoversche Anzeiger“ mittelt, ein Bauarbeiter Eßbna, der einem anderen Verband als dem Zentralverband der Bauarbeiter Deutschlands angehört. Zunächst verdrängten die Mitglieder des Zentralverbandes, die auf dem Bau beschäftigt waren, den E. aus der besser bezahlten Akkordarbeit. Weil E. ein guter Arbeiter war, bewilligte ihm sein Arbeitgeber einen höheren als den tarifmäßigen Stundenlohn. Bald ging aber die Deyeret gegen E. von neuem los, und in einer Frühstückspause wurde er von seinen 19 übrigen Mitarbeitern aufgefordert, dem Zentralverband beizutreten. Der Bandelegierte, Bauarbeiter Robert Seid an Hannover, sagte ihm, er müsse innerhalb 24 Stunden Mitglied des Zentralverbandes werden. Der Bauarbeiter Josef Wanegold aus Linden meinte, so lange dürfe es nicht mehr dauern, bis Mittag müsse E. „reine Wünsche haben“, d. h. seine Zugehörigkeit zum Zentralverband nachweisen können, welche Auffassung der Polier zur Arbeit rief, blieben sämtliche Bauarbeiter sitzen. E. erklärte dem Polier den Zusammenhang, und der Polier sagte daraufhin zu den Arbeitern, sie sollten sich doch schämen, einen Familienunterstützter zu machen. Daraufhin wollten die Arbeiter

Gewerbeten") Sollte es vorkommen, daß der Mann stirbt, so müßte doch die Frau das Haus erben. Weit gefehlt! Sind seine erwachsenen Söhne da, so wird die Witwe vor die Alternative gestellt, einen Vergütung zu betragen oder arbeitslos zu werden. Solche Fälle kommen im Ruhr- und Saargebiet häufig vor. (Auch solche Fälle müssen genau festgehalten werden. Rech. des Gewerks.) Wie es nun mit den Wohnungen geht, so geht es auch mit den Pensionskassen und Konsumvereinen. Die Pensionskassen werden meistens von dem Gelde des Arbeiters und des Unternehmers getrieben. Alle Kassen solcher Art steht eine sehr lange Arbeitsdauer bevor. Verläßt der Arbeiter freiwillig oder durch Kündigung die Arbeit, so geht er seines eingezahlten Geldes verlustig. Man hat ganz raffinierte Schemata ausgearbeitet, worin es dann manchmal heißt: Wenn der Arbeiter nach 5 Jahren oder längerer Arbeitszeit aus der Fabrik ausscheidet, so kann er Mitglied der Kasse bleiben, wenn er für die Jahre, die er da beschäftigt war, die Beiträge, die die Firma zur Kasse geleistet hat, nachbezahlt. Hier liegt der Haken begraben. Wer kann das Geld bezahlen bei dem heutigen Wertesinne und den hohen Lebensmittelpreisen? Es ist ein Nanking, auch noch solche Beiträge nachzahlbar. Das ist die reine Verschlepperei. Der Unternehmer erreicht sein Ziel. Der Arbeiter läßt sich die schärfste Behandlung nicht gefallen. Aber dankt er für die Pensionskassen? Der Unternehmer hält den Arbeiter aus der Organisation jenseit und macht ihn zum willenlosen Sklaven. Und der Arbeiter? Jeder Arbeiter zahlt hier ein Einstufungsgehalt von 1 1/2 Tagelohn. Das muß jeder bezahlen, sobald er auf dem Werke anfängt und sollte er drei- oder viermal aufhören und wieder anfangen. In den letzten 7 Jahren haben 30 000 Arbeiter das Werk verlassen, ihre Beiträge bezahlt und nichts erhalten. Darunter sind Arbeiter, die lange Jahre da gearbeitet haben. Man sieht also, wie Wohlhabenskassen zu Grunde kommen, wie man der Leichtigkeit Sand in die Augen streut. Auch ein Beispiel erwähnt. Herr Brüder-König, Generaldirektor der Bergischen Stahlindustrie, sagte: Wenn es soweit kommt auf unserem Werke, daß die Organisation mitsprechen will, so schließen wir unsere Wohlhabenskassen. Aus, schafft man Wohlhabenskassen nur zu dem Zweck, die Arbeiter rechtslos zu machen? Und ganz genau so geht es mit den Konsumvereinen. Es würde zu weit gehen, dies alles anzuführen. Arbeiter, macht die Augen auf, es gilt diesen Einrichtungen den Krieg zu erklären. Wir wollen keine Wohlhabenskassen, wir verlangen ein freies unbefchränktes Koalitionsrecht, und haben wir dies, so können wir die Lage der Arbeiter auch verbessern. Die Organisation ist die beste Wohlhabenskassenorganisation und Sparkasse. Darum hinein in die Deutschen Gewerkschaften, die neutral und daher einzig funktionierende sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Zöset kommt zum Schluß noch auf die Arbeiterkonsumvereine und Bauvereine zurück und fordert alle Anwesenden auf, sich diesen anzuschließen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die in Saale des Herrn Sieberg zu Gerdede stattfindende Versammlung des Ortsverbandes gegen I. B. II. mit der Unterstützung des Referenten Herrn Müller-Dagen voll und ganz einverstanden: 1. Daß durch die Wohlhabenskassen der Unternehmer die Arbeiter in ihren Interessen schwer geschädigt und unter den schlechtesten Bedingungen an die Arbeitsstelle gebunden sind. Die Versammlung erklärt in den Wohlhabenskassen ein Zwangsmittel zur Ver-

nichtung der Organisation. 2. Die Versammlung verzichtet auf alle Wohlhabenskassen. Sie verlangt ganz einseitig ein freies und unbefchränktes Koalitionsrecht, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und der Gewerkschaften. Ferner Errichtung von Arbeiterauschüssen und Tarifverträge.“ Gehen wir dies entlang, so müssen die Arbeitgeber einsehen lernen, daß Arbeitsnachweise, Pensionskassen und Arbeiterwohnungen, sobald sie von Unternehmern gegründet und verwaltet werden, keine Wohlhabenskassen für die Arbeiter sind, sondern in nachhaltiger Weise den Interessen der Arbeitgeber dienend.

§ 9. Rheinwein. Die am Sonnabend, 8. Dezember, abgehaltene öffentliche Gewerkschaftenversammlung war von Mitgliedern aus Rheingau und Mittelrhein gut besucht, während die Gegner es vorgezogen hatten, nicht zu erscheinen. Der Referent, Verbandssekretär Kollege Kuhnke, berichtete über: „Die Deutschen Gewerkschaften und ihre Aufgaben“ und entlegte sich seines Auftrages zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. In der lebhaften Diskussion beteiligten sich auch die erschienenen Kollegen aus Mittelrhein. In der gegenseitigen Ansprache wurde besonders ein Bild von der „voraussetzenden“ Koalitionsweise der Verbände entworfen, das für diese „Freien“ nicht gerade sehr schmeichlich ausfiel. Erst nach 12 Uhr konnte diese interessante Versammlung geschlossen werden. — Am darauffolgenden Sonntag hielt der Ortsverband sein Wintererzählen ab, welches ebenfalls in jeder Beziehung einen vortrefflichen Verlauf nahm. Auch bei dieser Gelegenheit konnte man beobachten, in welcher Weise die „freien“ Gewerkschaften für ihre Sache Propaganda zu machen suchen. Als bei der Probe in dem Lokal, in dem abends das Fest abgehalten werden sollte, zwei unserer jüngeren Kollegen die Treppe hinuntergingen, wurden sie von einigen Gewerkschaftlern angegriffen und ohne jeden Anlaß auf die größtliche Weise beschimpft. Selbst vor Züchtigungen schrecken jene Burden nicht zurück. Es erhält man einen schmerzhaften Begriff von der Freiheit, die auf jeder Seite angeht. Wenn das auch im Zukunftsaute so sein wird, so kann das zu allem, nur zu nichts Gutem führen. E. H.

In Erkenntnis der Zweckmäßigkeit eines solchen Tarifarchivs erbringt es sich, auf die bringende Notwendigkeit der Beteiligung aller unserer Gewerkschaften besonders hinzuweisen. Wir müssen schon im ureigenen Interesse unserer Bestrebungen selbst dem Ansuchen entsprechen und bitten deshalb alle Generalräte und Ortsvereine, die unter Mitwirkung der Gewerkschaften abgeschlossen bezw. noch abzuschließen Tariftverträge möglichst in 2, mindestens aber in 1 Exemplar an das Verbandsbureau immer sofort einzuliefern, damit wir dem Statistischen Amt das Material liefern und uns selbst eine Sammlung von Tarifverträgen anlegen können. Dringend wünschenswert wäre es, wenn die Generalräte die Außenbeamten und ihre Ortsvereine noch besonders davon in Kenntnis setzen.

**Das Jucken des Zentralrats.**  
§. Reuekt, Verbands-Sekretär.

**Beratermungen.**  
Berlin. Vorstandssitzung der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr in Verbindung der Deutschen Gewerkschaften, NO., Weißsiedlerstraße 221/223. Gäste willkommen.

**Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8—11 Uhr, Lehmannsstraße in Verbindung der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 20. Dezember. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8—10 Uhr. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Ab. 8 1/2 Uhr. — Metallarbeiter. 4. a. Versammlung. Protokoll. Beratung über Kommissionsgeschäfte. Bericht der außerordentlichen Generalversammlung der Krankenkasse. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Ab. 8 Uhr. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Ab. 8 1/2 Uhr. — Zahlabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Freitag, 31. Dezember. Gedenkerfeier. — Maschinenbau- und Metallarbeiter 17. Abends 8 1/2 Uhr bei Bryer, Kollwitzstr. 8, Dorf mit Damen. Vortrag des Herrn K. Conrad über: „Optimums mit Experimenten“.

**Orts- und Mitgliederverände.**  
Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Will. Schulte-Matler, Distriktsstraße. — Gewerkschaften und Gewerkschaften (Ortsverband). Die Monatsversammlungen der Ortsverband-Gewerkschaften finden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Königsberg“, Brüßlstr. 12, statt. — Wochen (Distriktsrat). Jeden Sonnabend 9 Uhr. Sitzung bei Halber, Jägerstr. — Gestern, Norddeutscher Kreisverband. Jeden Donnerstag, abends 6 1/2—10 1/2 Uhr. Diskussionsabend im Lokal Engelte, Schillerstr. 9a. Gäste willkommen.

### Verbands-Teil.

**Bekanntmachung.**  
Das Kaiserliche Statistische Amt hat eine Bearbeitung der innerhalb des Deutschen Reiches abgeschlossenen Tarifverträge veröffentlicht und beschließt im Hinblick hieran eine möglichst vollständige Sammlung neu entstehender Tarifverträge anzulegen. Diese Sammlung soll durch händige Ergänzung zu einem Tarifarchiv ausgehalten werden.

Der Zentralrat ist nun aufgefordert worden, die Verträge der ihm angeschlossenen Gewerkschaften zu erheben, die unter Mitwirkung unserer Organisation im Jahre 1906 abgeschlossen, bezw. alle früheren Tarifverträge in einem Exemplar dem Amt zu übersenden.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Sahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.  
Rechtsbuch zum Gewerbevertragsrecht von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf.  
Wegweiser durch die Unfallversicherungs-Gesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.  
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf.  
Sprachführer zum Unfallversicherungs-Gesetz von Karl Goldschmidt. Preis 20 Pf.  
Kaufvertragsbuch des Verbandsbureaus von Dr. Max Hirsch 160x230 mm. Preis 50 Pf.  
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Festschrift zum 25. Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) von Dr. Max Hirsch. Preis 10 Pf.  
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. E. S. Hirsch. Preis 20 Pf.  
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2. Referat von H. Winter. Berlin und B. Herdt. Dresden. Gratis.  
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2. Referat von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann Dornblüth. Bromberg. Gratis.  
Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2. Referat von Karl Sahn-Burg und J. D. Kaiser. Nürnberg. Gratis.  
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkschaften von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf.  
Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeverfahren im Angelegenheit der Arbeiterschutz (Krankheit, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.  
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Beiträge, wie auch Bilder und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken sind zum Buchhandlungspreis beim Verbandsbureau zu beziehen.  
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandssekretär Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißsiedlerstr. 221/223.  
Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

**Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften.**  
„Union-Festhalle“  
Jeden Sonntag, Donnerstag:  
„Sord'sche Säger.“  
Anfang: Sonntag 6 Uhr  
Eintritt 50 Pf.  
Anfang: Donnerstag 8 Uhr  
Eintritt 20 Pf.  
Nach der Vorstellung:  
:: Familienkränzchen ::  
Waggebäude. Bahndammufer 75. Pf. bei E. Schröder, Ostfernstr. 14.  
Vorkonflikte u. Angelegenheiten (Ortsverband). Durchreis. Gewerkschaften erhalten eine Befreiung von 50 Pf. bei dem Ortsverbandskassierer Friedrich 244, Kollwitzstr. 10. Karten bei dem Verbandslokalen Hauptkassierer Schreffer, Hühnerstr. 7.  
Mitteln. Berpflegungsarten bei Heinrich Diezmann, Brühlstr. 7.

**Verbandsgegnossen lauft**  
niemals nach 8 Uhr abends  
und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Nachmittagsverkaufs.

**Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!**  
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Gräbnisstaffe** des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.  
Eintrittsgeld 25 Pf. • Aufsätze von 15. bis 45. Jahre. Verpfändetes Begräbnisgeld: 60 Mark, 30 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitragsalters 3 bis 9 Pf.  
Alle Kreisoffiziere nehmen Anmeldungen entgegen. Mitglieder und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin N.O. 55, Weißsiedlerstr. 221/223.

# Beilage zum „Gewertverein“.

Nr. 64.

Berlin, Sonnabend, 29. Dezember 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

## Zum nächsten Verbandstage.

Zu diesem Thema hat der Verbandsgenosse Seyler, Vorkammler der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Magdeburg, in sämtlichen Gewerkschaften Stellung genommen. Im Interesse der Sache liegt es ja, daß sich alle Ortsvereine, Ortsverbände u. mit dieser Frage beschäftigen, und ihre Meinung zur Klärung der ganzen Angelegenheit und um die Arbeiten des Verbandstages zu fördern, schon vorher durch die Zeitungen bekannt geben. Die wichtigsten Fragen werden ja die vom Verbandsgenossen Seyler angeregten sein, auf welche ich auch in nachfolgenden näher eingehen werde.

Als wichtigste Frage betrachtet man das Haupt der Gesamtorganisation, den Zentralrat. Hier ist vor allem eine leitende Person, (Vorstands) an Stelle des verstorbenen Dr. M. H. H. anzustellen, welche aus den Reihen der Gewerkschaften zu ernennen und eines adäquaten Betrages, wie ihn der räumlich weitläufige Ausbreitungsverband verlangt, nicht bedarf. Wenn die Gewerkschaften aus ihren Reihen eine solche Person nicht finden sollten, dann wären sie meiner Meinung nach überhaupt nicht berechtigt, als das Vorbild der deutschen Arbeiterbewegung zu gelten und ferner würde sich eine adäquately gebildete Person schwerlich dazu hergeben, sich einer Person aus Arbeiterkreisen unterzuordnen, und wenn dieses der Fall sein sollte, dann müßten wir mit einer Summe Geld als Gehalt rechnen, was in der Agitation besser verwertet werden kann. Der Zentralrat in seiner heutigen Zusammenfassung kann fernhin nicht mehr beibehalten werden, derselbe ist auf eine kleinere Zahl zu verringern und sich dann aber auch nur wirklich wichtige Kollegen dazu heranzuziehen, wenn es geht sollte, die nicht bloß zum Cuerrageln, sondern zum Arbeiten da sind. Die Zahl der Beamten im Zentralrat ist zu vermehren, deren Aufgabe dann wäre, mehr als es bis jetzt möglich ist in die Agitation für die Gewerkschaften einzugreifen und neue Kreise im Gewerkschaften zu organisieren. Gerade in der Agitation muß von oben herab mehr gemacht werden, dazu gehört aber Geld, und das kann nur auf folgende Weise geschaffen werden. Zuschüsse an Ortsverbände u. für Wahlen und ähnliche Angelegenheiten sind nicht mehr zu machen, ebenfalls sind auch keine Beihilfen mehr an die Ausbreitungsverbände zu bezahlen. Zuschüsse an einzelne Gewerkschaften für Streiks u. sind ebenfalls abzuschaffen, ein jeder Gewerkschaft muß seine Beiträge so hoch bringen, daß er in der Lage ist, die in Aussicht stehenden und kommenden Lohnbewegungen durchzuführen zu können. Die Ortsverbände bekommen die Beiträge von den einzelnen Gewerkschaften (Ortsverbandbeiträge), da, wo dieselben nicht ausreichen und da es sich doch immer nur um rein örtliche Aufgaben handeln kann, haben es dieselben selbst zu bedenken. Die Ortsverbände sind weiter dahin anzuhalten, daß sie sich selbständig machen, dadurch, daß sie Vorkammler ernennen und die Mittel bekommen, um sich selbst Vorkammlerstellen anstellen zu können (siehe Magdeburg). Kleine Ortsverbände sind mit einander zu vereinigen oder den nächstgelegenen größeren anzuschließen, die Ausbreitungsverbände sind dann vollständig überflüssig. Die Ausbreitungsverbände, wie sie jetzt bestehen, oder auch so wie sie von der Leipziger Konferenz geplant sind (Deutschland in zehn Bezirke eingeteilt), sind viel zu groß, um von den zu schaffenden Kräfte richtig bearbeitet werden zu können. Wo dieses demnach möglich ist, werden die Agitationskosten durch die vielen Eisenbahnfahrten ins wendliche steigen. Die Beiträge zum Verband sind, wie in Hannover beschlossen, vorläufig beizubehalten, um erst mal wieder in die Verbandskasse einen Reservesfonds zu bekommen, der durch die letztjährigen Arbeiterbewegungen der verschiedenen Bezirke und sonstige Unternehmungen sehr gering geworden ist.

Eine weitere Frage ist die der Presse. Hier ist Vorsicht in allen Dingen gut, denn mehrere bisher gemachte Unternehmungen haben zur Genüge bewiesen, daß mit überhöhten Erwartungen auch bei einer anschließenden Summe Geld der Bankrott eintreten kann. Vorläufig lege man den bestehenden Provinzpressen keinen Stein in den Weg, unterhalte dieselben in der Ausbreitung in ihrem Bezirk und in der Verhollommenung, denn deren Aufgabe muß es sein, die Gewerkschaften im Bezirk zu verbreiten, die Mitglieder von allem Neuen zu unterrichten, gegen Angriffe gegnerischer Kreise wehren und als echte Gewerkschaften zu erziehen und zwar auch als solche, die mehr Opfermut zur Sache besitzen, als es bis jetzt tatsächlich der Fall ist. Zur Schaffung einer täglich erscheinenden Verbandszeitung dürfte der Verbandstag jedenfalls keine definitiven Beschlüsse fassen, an Schaffung einer solchen kann nicht herangegangen

werden, ehe nicht Berlin und Umgebung evtl. auch die Provinz Brandenburg die genügende Anzahl Abonnenten stellt, die das Projekt von vornherein sichert. Ferner muß mit der Schaffung einer täglich erscheinenden Verbandszeitung auch eine eigene Druckerei geschaffen werden.

Die Stellung zur Politik glaube ich, kann vom Verbandstage niemals geregelt werden. Ausgeschlossen ist die Anlehnung der Gewerkschaften an eine bestimmte politische Partei, ebenso die Gründung einer sogenannten Arbeiterpartei durch die Gewerkschaften. Hier stimme ich den Ansichten des Kollegen Seyler vollständig bei, daß die Gewerkschaften Mitglieder in die bestehenden bürgerlichen politischen Vereine eintreten und sich im Sinne einer gesamten Wirtschaftspolitik Achtung und Anerkennung verschaffen. Ausgeschlossen von den politischen Vereinen sind hier meiner Ansicht nach die sozialdemokratischen, denn als echter, überzeugter, idealer Gewerkschafter kann meiner Ansicht nach keiner Sozialdemokrat sein, weil es gerade diese Partei ist, welche den Gewerkschaften mit Gift und Galle versetzt, und mit den allergeringsten Verleumdungen vernichten möchte. Es muß sein, daß ich durch diese Meinung nach den Ansichten des Senders Bl. im „Mitteldeutschen Kurier“ über die Frage „Kann ein Gewerkschafter Sozialdemokrat sein“ gegen die Zentralität verstoße. Ich will aber hierzu erklären, daß man nur ein Sozialdemokrat, entweder überzeugter Gewerkschafter oder Nichtler in der Sozialdemokratie, um die drei Millionen Stimmen vollzumachen oder umgekehrt, um zu den Verbesserungen seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse so wenig wie möglich Beiträge zu leisten.

Überzeugt bin ich aber jetzt schon davon, daß der kommende Verbandstag Arbeiten zu erledigen hat, die von weittragender Bedeutung für die Gewerkschaften sind, weshalb eine Ausprache vorher schon am Platze ist, denn die Verbandstagsabgeordneten könnten sich dann von der Meinung der Mitglieder schon lange vorher ein Bild verschaffen und das Beste davon zum Verbandstage verwenden, in der Hoffnung, für die Mitglieder das Beste zu schaffen und die Gewerkschaften vorwärts zu bringen.

G. Schröder, Magdeburg.

## Der nächste Verbandstag.

Größe Ereignisse werden ihre Schatten voraus. So ist es auch mit unserm nächsten Verbandstag. In erfreulicher Weise, früher wie sonst üblich, präzisieren die Kollegen ihre Stellung. Auch ich möchte meine Ansicht darlegen. Das die Frage der Ausbreitungsverbände eine große Rolle spielen wird, steht zweifellos fest. Aber geht es auf die Ausbreitungsverbände ein, will ich zunächst eine ebenso bringende, wie wichtige Angelegenheit herbeiführen, die bis jetzt, wenigstens auf den beiden letzten Verbandstagen, keine Beachtung gefunden hat, oder, wenn es doch geschah, sicher nicht so, wie es notwendig gewesen wäre: Ich meine die Stellung der Gewerkschaften zur Politik und zu den politischen und kommunalen Wahlen. Schon des öfteren sind diesbezügliche Anträge gestellt worden. Eigentümlicherweise ist man diesen Fragen immer ausgewichen. An Einmündigen hat es zwar nicht gefehlt: ein einheitliches Programm könnte nicht aufgestellt werden; ein derartiges Vorgehen könnte nur Zersplitterung in unsere Reihen bringen usw. Derartige, wie ich glaube, haltlose Argumente wurden angeführt. Jetzt ist es aber die höchste Zeit, daß dieser Frage nähergetreten wird, und daß ein festes Programm geschaffen wird, auf G. und dessen in Zukunft es möglich sein wird, uns in einheitlicher Weise an politischen und kommunalen Wahlen zu beteiligen. Wozu eigentlich die bisherige übergrößen Anhänglichkeit? Wir haben in den letzten Jahren allen Angriffen von rechts und links mit Erfolg getrotzt. Wie ich denn auch der Meinung bin, daß es in dieser Beziehung kein Hindernis geben kann, das wir nicht bewältigen könnten. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Wie oft müßten wir es in den letzten Zeiten erleben, daß gerade in dieser Frage eine große Zersplitterung herrscht. Zu unserm Schaden! Mag also der nächste Verbandstag bemerken, daß er den Pulsschlag der heutigen Zeit verstanden hat.

Nun zu den Ausbreitungsverbänden. Wie schon oben bemerkt, wird die Verhandlung über die Ausbreitungsverbände auf dem Verbandstag einen breiten Raum einnehmen. Die kritische Frage ist, da nun einmal Ausbreitungsverbände bestehen, wie diese finanziell zu gesichert werden können, daß sie in der Agitation auch das leisten, was von ihnen verlangt wird. Ueber ihren praktischen Wert gehen die Ansichten weit auseinander. Der letzte Verbandstag hat mit einem neuen und einem trockenen Auge so eine Art Ausnahmegesetz geschaffen. In der bekannter

Verbandstagsresolution ist nur die Rede von fünf Ausbreitungsverbänden. Sollten die übrigen das Abschneiden machen? Das geht auf keinen Fall und daher muß mit diesem System gebrochen werden. Darum verteile man die 5000 Mk., die jährlich an die Ausbreitungsverbände gezahlt werden sollen, gleichmäßig an alle Ausbreitungsverbände, ob das nun 8 oder 10 sind. Die Zahl dürfte ziemlich gleichgültig sein. Aber zu verkennen ist nicht, daß die Ausbreitungsverbände sich jetzt in schwieriger Situation befinden, denn die Aufgaben, die ihnen noch vor drei Jahren zugedacht wurden, haben sich dadurch verschoben, daß in fortschreitender Weise die einzelnen Gewerkschaften Außenbeamte anstellen. Dadurch wird die Agitationsarbeit, die sonst den Ausbreitungsverbänden zugedacht war, ihnen zum großen Teil aus den Händen genommen. Es ist darum nötig, daß die Ausbreitungsverbände sich andern Aufgaben in stärkerem Maße zuwenden. Ein Teil Mitglieder, neben andern auch ein großer Teil Mitglieder unseres Gewerkschafts der Maschinenbauer, sind nun der Meinung, daß durch Anstellung von Außenbeamten es eigentlich überflüssig geworden sei, nun auch noch den Ausbreitungsverbänden anzugehören und Mittel für dieselben aufzubringen, das in ein Irrtum. Unsere Gewerkschaftsbewegung leidet in großem Maße daran, daß die kleineren und kleinsten Gewerkschaften so wenig oder gar nicht vorwärts kommen können. Hier Besserung zu schaffen, muß von den größeren Gewerkschaften ein Opfer gebracht werden und zwar in Gestalt eines Beitrages für die Ausbreitungsverbände. Da aber der Beitrag hierfür sehr gering ist, so daß von einem Opfer eigentlich gar nicht geredet werden kann, so wollen wir auch kein großes Aufheben davon machen, sondern mit aller Energie dafür sorgen, daß die Ausbreitungsverbände sich in Gemeinschaft mit der Zentralleitung und den Hauptleitungen der kleineren Gewerkschaften widmen können. Die Provinzpresse der Gewerkschaften darf selbstverständlich nicht in den Hintergrund gedrückt werden, sondern muß in fortschreitender Weise weiter ausgebaut werden. Das aber kann nur von einer Stelle in den einzelnen Provinzen geregelt werden, also wieder von den Ausbreitungsverbänden. Daß der Zentralleitung, wenn aus der Verbandskasse feste Beiträge an die Ausbreitungsverbände gezahlt werden, bestimmte Rechte zustehen, besteht sich von selbst. Für den Gewerkschaften der Maschinenbauer würde es sich um eine jährliche Ausgabe von etwa 20000 Mk. handeln, die aus den Vorkammlern der Ortsvereine an die Ausbreitungsverbände gezahlt würden. Werden durch diese Ausgabe vor allem die kleinen Gewerkschaften vorwärts gebracht, so haben wir die Genehmigung, dieses Opfer der Verbandsgemeinschaft nicht umsonst gebracht zu haben. Voraussetzung hierfür aber ist, daß auch die kleinen Gewerkschaften selbst gemittelt Opfer zu bringen. Gelingt dem nächsten Verbandstag die Lösung dieser Frage, so wird er sich sehr vortheilhaft auszeichnen.

Daß nun etwa die Ortsverbände gegenüber den Ausbreitungsverbänden zurückstehen sollten oder gar aufgelöst werden, dieser Ansicht bin ich durchaus nicht, im Gegenteil. In Nr. 2 des „Gewertverein“ 1904 hatte ich zum Verbandstage in Hannover über den Ausbau der Ortsverbände mancherlei Vorschläge gemacht, die ich, nebenbei erwähnt, heute noch hochhalte. Von einigen A. L. gen. die sich in späteren Nummern des „Gewertverein“ 1904 zu dieser Sache äußerten, hatte es mir ein klein wenig Spott eingebracht. Für mich war es eine wenigstens, daß der Ortsverband Magdeburg u. a. bewiesen hat, daß es keine begrenzte Unmöglichkeit gewesen ist. Sollten wider Erwarten die Verbandsbeiträge ermäßigt werden, was ich für einen Fehler halten würde, dann erhöhe man aber die Ortsverbandbeiträge von 20 auf 40 Bfg. pro Jahr. Denn mit dem jetzt erscheinlichen Schreiben der Ortsverbände, sich mehr an sozialpolitischen Wahlen zu beteiligen wie bisher, muß Hand in Hand gehen die Schaffung der notwendigen Gelder hierfür. Denn die lächerlich geringe Summe von 1427 Mk., die bei der Verbandskasse in den Jahren 1901, 1902 und 1903 als Beiträge geleistet wurde (die Zahlen der letzten 3 Jahre sind mir unbekannt) ist wahrhaftig nicht dazu geeignet, die Registrierung für Gewerkschaftswahlen zu steigern. Schaffe man also hierin Wandel. Es wird zwar gelegentlich auch von Verbandsmitgliedern geredet; das scheint wohl aber mehr in den höheren Regionen einzelner Gewerkschaften als wie in Mitgliederkreisen der Fall zu sein.

Was nun die Besetzung der Stelle unseres verstorbenen Kammlers anbetrifft, so bin ich der Meinung, wir ehren das Andenken unseres Verstorbenen am besten dadurch, daß wir ihm einen

Nachfolger geben. Unter den gegebenen Verhältnissen...

Die Frage der Anstellung von Außenbeamten...

Nach erwähnenswert wäre die Schaffung einer...

Auch ich möchte den Wunsch aussprechen, daß...

Verlag. Eduard Sauer.

Sum Verbandstage.

Die wichtigste Frage des Verbandstages wird die...

Nun kommt die Frage der politischen Betätigung...

Zur Frage zwischen Orts- und Ausbreitungsverbänden...

Wie die Kommissionen arbeiten sollen? Da...

Kollegen von Berlin und Umgebung bringen; nur so...

Die Aufgaben des nächsten Verbandstages.

Auf meinen Artikel über die Aufgaben des...

Wollte man zugeben, daß der Verband neben den...

In der Mitteldeutschen Volks-Zeitung läßt...

Ich wäre dem Gewerksverein mit meiner...

Der Artikel Ik. (= Wabbe) ist inzwischen auch...

Breslau antworten könne, um womöglich gar einen...

Ik. in Breslau verteidigt es auch, daß Gewerksvereiner...

Diese Vernehmung wird ich für nötig halten. Sobald...

Magdeburg, 21. Dezember 1906. Carl Wegler.

Gewerksvereins-Teil.

Chemnitz. Der Ortsverband der Deutschen...

Stettin. (Brauer.) Im Verlaufe unserer am...

Schramberg. Mit recht eigenartigen Gefühlen...

Der Artikel Ik. (= Wabbe) ist inzwischen auch...